

# Atomsteuer macht der Kanzlerin zu schaffen

Für Wirtschaftspolitiker sind längere Laufzeiten und die Atomsteuer untrennbar verbunden. Merkel sieht das anders.

Klaus Stratmann  
Berlin

Der Wirtschaftsflügel der Unionsfraktion pocht auf eine Verknüpfung der geplanten Brennelementesteuer mit einer Verlängerung der Kernkraftwerkslaufzeiten. „Es besteht eindeutig ein politisches Junktim zwischen den beiden Themen“, sagte Joachim Pfeiffer (CDU), wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, dem Handelsblatt. Der Wirtschaftsflügel stellt sich damit gegen den Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Merkel hatte am Wochenende gesagt, man habe sich „vorgenommen, Brennelemente unabhängig davon zu besteuern, wann ein Kraftwerk abgeschaltet wird“. Die Steuer ist Bestandteil des Sparpaketes der Bundesregierung. Sie soll dem Bundeshaushalt ab 2011 jährlich Einnahmen von 2,3 Mrd. Euro bringen.

Bei der Laufzeitverlängerung dürfe es „keinen doppelten Salto rückwärts“ geben, warnte der energiepolitische Koordinator der Unionsfraktion, Thomas Bareiß (CDU). Die Koalition sei mit der Ankündigung angetreten, die Laufzeiten zu verlängern. Nun müsse sie auch danach handeln. Die Brennelementesteuer sei eindeutig mit der Verlängerung verknüpft.

**Substanzielle Verlängerung der Laufzeiten gefordert**

Bareiß spricht sich dafür aus, den Übergang ins Zeitalter der regenerativen Energien mit Mitteln zu fördern, die die Kernkraftwerksbetreiber für längere Laufzeiten zahlen. Dieses Geld sollte in einen Fonds fließen. „Ob der Fonds aus den Einnahmen der Brennelementesteuer gespeist wird, oder ob wir zusätzlich Geld von den Betreibern verlangen, muss noch geklärt werden“, sagte Bareiß. Zusätzliche Belastungen müssten aber moderat ausfallen, um die Strompreise nicht nach oben zu treiben.

Der Unmut des Wirtschaftsflügels über die anhaltende Laufzeit-Debatte beruht auch auf unionsinternen Streitereien. Mittlerweile fürchten die Wirtschaftsleute, dass das Thema auf die lange Bank geschoben wird. Außerdem betrachten sie mit Sorge, dass sich Politiker wie Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) für eine möglichst knappe Verlängerung von wenigen Jahren aussprechen. Mittlerweile gelten zehn Jahre als der richtige Wert - allerdings nicht aus Sicht der Wirtschaftspolitiker. Sie wollen eine „substanzielle Laufzeitverlängerung“, die weit über die zehn Jahre hinausgeht. Unterstützung erhalten sie vom Chef der CSU-Landesgruppe, Hans-Peter Friedrich: Zehn Jahre reichten nicht aus, sagte er dem Handelsblatt.

Entspannung in die Laufzeiten-Debatte kommt durch den Verzicht der nordrhein-westfälischen SPD auf eine Regierungseteiligung. Denn Ministerpräsident Jürgen

Rüttgers (CDU) bleibt nun als geschäftsführender Regierungschef im Amt und kann als solcher das NRW-Abstimmungsverhalten im Bundesrat bestimmen.

Damit wäre eine schwarz-gelbe Mehrheit für längere Laufzeiten in der Länderkammer gesichert. Allerdings ist der CDU-Politiker ein Regierungschef auf Abruf. Die SPD kann ihn zusammen mit den Grünen jederzeit ablösen. Um die Rüttgers-Regierung zu kippen, ist SPD-Landeschefin Hannelore Kraft nicht einmal auf die Hilfe der Linkspartei angewiesen, obwohl auch SPD und Grüne zusammen nicht über eine Mehrheit im Landtag verfügen. Grund ist, dass Rot-Grün zehn Stimmen mehr hat als Schwarz-Gelb. Laut Landesverfassung ist nur in den ersten drei Wahlgängen bei der Wahl des neuen Regierungschefs eine absolute Mehrheit vorgeschrieben. Beim vierten Wahlgang würde eine einfache Mehrheit reichen. Die hätte Rot-Grün, denn dass die Linkspartei für Rüttgers stimmen könnte, gilt als ausgeschlossen. Eine Ministerpräsidentin Kraft könnte dann schwarz-gelbe Gesetze, etwa die Laufzeitverlängerung, im Bundesrat stoppen.

Eine Laufzeitverlängerung ließe sich zwar wahrscheinlich auch ohne Beteiligung des Bundesrats erreichen. Innen- und Justizministerium kommen allerdings in einem gemeinsamen Gutachten zu dem Ergebnis, dass dies nur für den Fall gilt, dass die Laufzeiten „moderat“ verlängert werden.